

Landesparteitag Niedersachsen am 28. November 2009, Hameln

Grußwort:

Prof. Lothar Bisky, MdEP, Vorsitzender der LINKEN

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

gern bin ich Eurer Einladung gefolgt. Denn: der Niedersächsische Landesverband steht exemplarisch für die Wahlerfolge der neuen LINKEN in den letzten zwei Jahren. Wir sind jetzt mit 12 Fraktionen in den Ländern und mit sensationellen 11,9% im Bundestag eingezogen. Das ist schon was. Wir haben diese Erfolge erreicht und natürlich haben wir sie auch ganz unmittelbar Oskar Lafontaines Wirken zu verdanken. Wenn auch ich von hier aus nochmals eine gute Genesung wünsche, wir haben gestern über eine Stunde miteinander telefoniert, so verbinde ich dies mit der Hoffnung, dass Oskar im Januar die politische Arbeit schnell wieder aufnimmt. Im Karl-Liebknecht-Haus, aber auch in der Bundestagsfraktion, erreichen uns sehr viele Genesungswünsche – per Mail, per Brief, per Fax, die wir alle gern an ihn weiterleiten. Wenn jetzt die Ayatollahs des Kalten Krieges so richtig loslegen und was sie da so gespiegelt und fokussiert haben, ziehe ich daraus nur eine Konsequenz: Ich beteilige mich nicht an deren Nachfolgedebatten. Sie sind schlicht pietätlos. Uns ist die Solidarität mit Oskar Lafontaine das wichtigste. Es geht jetzt um die strukturelle und politische Weiterentwicklung der Partei.

Genossinnen und Genossen,

der Parteivorstand hat sich mit einem Brief an die Mitglieder gewandt, um nach den Wahlen alles zu tun, um unser politisches Profil und unsere Kampagnenfähigkeit auszubauen. Wir werden in den kommenden Jahren lernen müssen, eine Interessenpartei im Westen und eine Volkspartei im Osten – also beides - zu sein. Das ist nicht einfach. Deshalb ist es wichtig, die politischen Erfahrungen auszutauschen. Eurer entsetzliches Beispiel aus Niedersachsen mit der Unterwanderung des Mindestlohnes bei Schlecker durch die Umsetzung in Leiharbeitsfirmen wird im Osten durch Löhne von 3,50 € pro Stunde noch unterboten. Diese menschenunwürdigen Tatsachen werden wir politisch gemeinsam bekämpfen. Das können wir. Dabei müssen wir nicht unsere Entwicklungswidersprüche in der Partei verschweigen, denn dann verschweigen wir am Ende die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Erfahrungen und Konflikte, für deren Lösung wir gemeinsam Politik machen.

Um zu attraktiven Gemeinsamkeiten linker Politik zu kommen, gilt es mehr voneinander zu lernen, auf die neuen Mitglieder zu hören und auch unsere Geschichte ernst zu nehmen. Wir haben die Verantwortung übernommen, eine parteipolitische Adresse der sozialen Gerechtigkeit auszubauen – für Wählerinnen und Wählern, Bürgerinnen und Bürgern, für Sympathisanten und Freunde – auch in Europa und weltweit. Gestern Vormittag habe ich mich mit dem Präsidenten

Ecuadors, Correa, getroffen und er hat mir von den dynamischen Veränderungen in Lateinamerika erzählt, die mehr intensiven Austausch unter den Linken weltweit erfordert. Wir haben uns vereinbart, dies glatt in Angriff zu nehmen. Plötzlich sind wir ein Hoffnungsträger – auch in Europa – und da können wir uns weder zerfleischen noch an Substanz verlieren.

Genossinnen und Genossen,

wir wissen – und dies eint die neue LINKE, dass die rot-grüne „Agenda 2010“ die falschen Antworten auf den globalen Kapitalismus gegeben hat. Diese deutsche Version der Lissabonstrategie der EU hat Billiglöhne und Leiharbeit zum Alltag – auch im Westen – gemacht. Die Agenda 2010 hat das Signal zum Generalangriff auf den Sozialstaat, auf die Enteignung von öffentlichen Gütern gegeben. Schwarz-Gelb haben HartzIV und eine abenteuerliche Außenpolitik, die Privatisierung von Gesundheit und Bildung schon vor ihren Wahlsieg sehr eifrig unterstützt. Das sollten wir auch nicht vergessen.

In diesen Tagen werden Folgen dieser Politik in der Öffentlichkeit vor allem von Studierenden artikuliert. Was die Hochschulrektorenkonferenz in den vergangenen Tagen abgeliefert hat, ist schlicht die fortgesetzte Verweigerung qualitativ hochwertiger Bildung und sozial gerechter Zugangsbedingungen. Die Lobgesänge auf ihre Ergebnisse verraten eine unglaubliche Arroganz und Ignoranz gegenüber mehr Demokratie an unseren höchsten Bildungseinrichtungen. Ja, die Studierenden müssen endlich mehr zu sagen haben. Die Studierenden in Wien, in Deutschland, überall haben für Ihre Proteste unsere volle Unterstützung. Bildung ist keine Ware!

Mit dieser Überzeugung, Genossen und Genossen, sind wir mitten im Werden unserer Partei, in den Konflikten der politischen Praxis. Ich habe die Brandenburger Studienrückkehrgebühren deutlich kritisiert und dies werde ich auch weiterhin tun. Eine solche Kritik gehört zum Spektrum eines Austauschs in der Partei mit Regierungskoalitionen in den Ländern. Doch unsere Maxime heißt immer noch: Wir gehen kritisch-solidarisch mit den souveränen Entscheidungen eines Landesverbandes über die Teilnahme an Regierungskoalitionen um. Denn wir können und müssen uns am Erfolg einer solchen überlegten und insgesamt richtigen Entscheidung beteiligen.

Wer hat im Saarland angenommen, dass Rot-Rot-Grün kommen wird? Oder ich erinnere an die Situation Thüringen. Nun hat sich Matschie der CDU unterworfen. Nach den Brandenburger Wahlergebnissen musste gehandelt werden. Rot-Rot hatte zuvor ja schon zweimal die Koalitionsverhandlungen abgebrochen, Jetzt ist die Situation trotzdem überraschend.

Mir ist wichtig: Meine Kritik an einem empfindlichen Punkt der Ergebnisse des Brandenburger Koalitionsvertrages mache ich auf der Basis folgender Grundüberzeugung. Die Brandenburger Genossinnen und Genossen haben im Koalitionsvertrag gute Projekte für die Menschen in Brandenburg ins Visier genommen, gerade in anderen Segmenten der Bildung für die Jüngsten und für Schülerinnen und Schüler, für mehr Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern und vieles mehr.

Genossinnen und Genossen, man sollte sich einmal vergegenwärtigen: Während im Thüringer rot-schwarzen Koalitionsvertrag nicht einmal das Wort Mindestlohn auftaucht, ist vom Vergabegesetz bis zum Einsatz für den Mindestlohn im Bund und gegen die Bahnprivatisierung die Handschrift der LINKEN im Brandenburger Koalitionsvertrag sichtbar. 12 von 15 Projekten aus dem Wahlprogramm sind im Koalitionsvertrag eingeschrieben. Niemand könnte den Brandenburgerinnen und Brandenburgern nun noch erklären, warum die dritten Koalitionsverhandlungen wieder zu keinem Ergebnis gekommen sind. Die Entscheidung für die Regierungsbeteiligung, die der Landesverband souverän gefällt hat, ist richtig. Ich kenne die Brandenburger politische Landschaft sehr gut.

Das Mitregieren wird aber nur zu einem Plus für die ganze Partei werden, wenn wir vertrauensvoll die Politikentwicklung dort begleiten und wenn klar wird, dass sie die bessere für die Menschen in Brandenburg ist. Der DGB Berlin-Brandenburg, ver.di und die Polizeigewerkschaft unterstützen diesen Kurs. Ver.di hatte einen entsprechenden Brief an die Delegierten der Parteitage von SPD und LINKE geschrieben, auch mit vielen kritischen Anmerkungen. Wir müssen alle lernen, dass die Regierungsvertreter nicht die gesamte Politik der Partei 1: 1 umsetzen werden. Kritisch, solidarisch muss unser Umgang sein und da müssen die Brandenburger lernen, dass man einen Minister auch mal kritisieren kann, Die LINKE, der Landesverband, kämpft weiter energisch gegen den Stellenabbau, auch das wurde auf dem Landesparteitag beschlossen. Und europapolitisch bleibt unsere energische Kritik am Lissabonvertrag, auch wenn er jetzt kommt und wir neu bestimmen müssen, wie wir in dieser Situation eine Politik für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa machen. Auf dem Brandenburger Parteitag wurden auch die Kritiken gegen die weitere Braunkohleverstromung diskutiert. Jetzt besteht die Chance für DIE LINKE darin, ein politisches Profil für soziale Gerechtigkeit so zu vertreten, dass Menschen sagen können: Die LINKE legt nicht nur den Finger in die Wunde, sie kann auch politisch etwas durchsetzen, wenn die Kassenlage schlecht und die Bedingungen schwierig sind. Auch das gehört zur Glaubwürdigkeit linker Politik.

Genossinnen und Genossen,

eine der Folgen der Politik der Großen Koalition vor den Wahlen 2009 ist ein enormer Vertrauensverlust in eine sozial-gerechte Politik der großen Volksparteien. Ich muss es so klar sagen: Ein Wahlgewinner 2009 wird viel zu selten erwähnt. Es sind die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Es geht um Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Motiven, dass Vertrauen in eine Gestaltungskraft der Politik verloren haben,

Eine Bundeskanzlerin, die ihre teuren Kniefälle vor GM den Opelanern und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auch noch als Erfolg verkauft, muss sich hernach nicht mehr über Politikverdrossenheit beschweren.

Wie muss sich heute ein Opel-Arbeiter fühlen, wenn er die vielen Arbeiterführer von Rüttgers, über Steinmeier bis Merkel aus den Wahlkämpfen noch einmal vor seinem geistigen Auge vorüberziehen lässt. Merkel und zu Guttenberg hatten einzig den Wahltermin – einzig ihren Machterhalt – im Blick.

Welches Vertrauen genießt morgen noch eine Politik, die der HRE erneut 3 Milliarden hinterher schießt und dabei weiter munter von Steuersenkung schwadroniert.

Wo sind die brauchbaren Konzepte, die die nächste Wirtschaftskrise verhindern? Der Casino-Kapitalismus feiert weiter und auf der anderen Seite werden Menschen arbeitslos. Und das ist das, was DIE LINKE energisch bekämpft.

Was eine abstruse und ungerechte Steuerpolitik auch für Länder und Kommunen heißt, dass wissen die Menschen in Hameln genauso gut wie in Halle/an der Saale.

In einem Punkt schafft Schwarz-Gelb gegenüber der Großen Koalition endlich Klarheit. Deutschland führt Krieg in Afghanistan. Und eines erleben wir von Tag zu Tag: Die Wahrheit stirbt im Krieg als erste. Es ist unerträglich, dass der heutige Nichtminister Jung und ehemalige Verteidigungsminister Jung die Öffentlichkeit und die Staatsanwaltschaft über zivile Opfer in Kundus nicht unterrichtet hat. Frieden kann man nicht herbei bomben. Wir bleiben dabei – die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Ich sehe angefangen vom NATO-Krieg in Afghanistan bis zur „ständig strukturierten Zusammenarbeit“ der militärisch potenten EU-Mitgliedstaaten einen äußerst gefährlichen Weg, auf dem Deutschland und seine europäischen NATO Verbündeten sich weiter zu global agierenden Militärmächten aufschwingen, statt endlich Abrüstung auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Krieg in Afghanistan ist nicht nur völkerrechtswidrig. Er ist auch längst verloren und alle wissen das. Es geht nicht um das Land, es geht nicht um Demokratie und Frauenrechte, es geht um die Perspektive der NATO, um das Streben u. a. Deutschlands nach Weltgeltung. Nicht für solche und nicht für andere Ziele müssen Menschen sterben. Es ist schon schlimm genug, dass ein Verteidigungsminister einzig wegen Lügen zurücktritt, aber nicht wegen der Opfer. Linke außenpolitische Grundsätze müssen sich unter solchen Bedingungen Gehör verschaffen: unsere Orientierung auf das Völkerrecht, damit müssen wir in die Öffentlichkeit.

In diesen Tagen kann man ganz klar formulieren: Abrüstung würde auch weitere Ressourcen freisetzen, um den Klimawandel zu stoppen. Kopenhagen darf kein weiterer Aufschub der politischen Verantwortung der Regierenden werden. Das Geld, was die Rüstung sinnlos verschlingt, könnte sinnvoll in einem Stopp des Klimawandels eingesetzt werden.

Genossinnen und Genossen,

die politischen Ansätze der neuen Bundesregierung gefährden die soziale und demokratische Substanz unserer Gesellschaft! Die LINKE – parteipolitisch und gesellschaftlich – wird in Deutschland und in Europa gebraucht. Wir werden im Bundestag eine konsequente Opposition machen. Mit unserem Wahlerfolg werden wir die Scheinwerfer auf die Strippenzieher richten, die diese Tigerentenkoalition hinter sich herziehen: die Großbanken, die großen Wirtschaftsverbände, die Pharmalobbyisten und Energiekartelle, nicht zu vergessen, die Anwaltskanzleien, die den Ministerien die Gesetzentwürfe vorschreiben.

Und: Wir werden die europäische Handlungsebene linker Politik ernst nehmen. Was heißt linke Europapolitik auf der Basis eines geltenden Lissabonvertrages? Im nächsten Jahr wird der dritte Kongress der Partei der Europäischen Linken im Herbst

stattfinden. Das ist eine Partei im Wachstum. Die Linken in Europa haben sich immer gespalten, gespalten, gespalten. Jetzt müssen wir endlich zusammen Politik machen. Auf dem Kongress der Europäischen Linken im Herbst 2010 werden wir konkrete Antworten für ein soziales und friedliches Europa, für mehr Energiesicherheit und mehr Demokratie geben müssen. Der Wettbewerb, wer der Beste unter den Linken ist, hat uns nicht nur in der Geschichte und in ganz Europa geschadet. Er würde auch in Zukunft gemeinsam erkämpfte Erfolge Zunichte machen.

Genossinnen und Genossen,

wir sind alle gut beraten, wenn wir uns vom Wettstreit zwischen Spiegel, Fokus und Stern nicht beeindrucken lassen. Er hat nur ein Ziel, linke Politik zu schwächen und der wachsenden LINKEN zu schaden. Er wird sein Ziel verfehlen. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, z. B. gemeinsam auf einem Programmparteitag, wie ihr ihn Euch heute vorgenommen habt.

In Programmdebatten macht man den Kopf frei von den Wahlkämpfen und von taktischen und tagesaktuellen Überlegungen. Bei Programmfragen geht es um einen Kompass, nicht ums Zentimetermaß. Was ist identitätsstiftend für unsere Partei?

Zunächst: Aus geschichtlicher Erfahrung folgt für uns nicht nur der Grundsatz strikter Demokratie, sondern auch die Unabdingbarkeit demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Auch im 60. Jahr des Grundgesetzes, sagen wir: Machtkontrolle und Gewaltenteilung sind das Credo für die Linke. Eine unabhängige Rechtssprechung ist für DIE LINKE ein unverrückbares Ziel. Es ist das Credo aller Linken, sich gegen die Entartung einer Mediokratie, die heute im Gewand der Belusconisierung der Medien in Europa daherkommt, zur Wehr zu setzen. Es ist hilfreich, die kritische Brille auch im eigenen Land aufzusetzen, wo der Verfassungsschutz gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages ausspäht und damit der Gang in die Bananenrepublik Deutschland vollzogen wird. Sie sollen schreiben, was sie wollen, aber sie sollen nicht so tun, als ob sie Demokraten seien.

Damit möchte ich gern daran erinnern, was Micha Schumann 1989 gesagt hat. Der demokratische Rechtsstaat muss ein Garant, eine verlässliche Kraft gegen Sozialabbau, gegen Krieg und Demokratieabbau bleiben. Wir haben hier in der Geschichte durch unsere Vorgängerpartei eine Glaubwürdigkeitslücke hinterlassen. Die müssen wir durch unsere Politik schließen, auch in dem wir an die Glaubwürdigkeit anschließen, die die Linke schon immer hatte: in Fragen des Angriffskriegsverbotes und in Fragen der Sozialstaatlichkeit, bis hin zur demokratischen Enteignungsoption in Artikel 15 des Grundgesetzes. Banken und Stromkonzerne gehören letztendlich in einer parlamentarischen Demokratie unter demokratische Kontrolle.

Wir sind eine verlässliche Kraft gegen Privatisierung, gegen Sozialabbau und Krieg und wir werden es bleiben. Die SPD mag sich in der Opposition links gerieren. Wir sind die Kraft, die konsequent für die Demokratisierung der Wirtschaft eintritt. Wir sind glaubwürdig, wenn wir sagen: „Her mit den Mindestlöhnen!“ und: „Weg mit Hartz IV“. Auf dieser Basis können wir unsere politischen Leitlinien weiterentwickeln. Eine demokratische Auseinandersetzung geht nur gemeinsam, gemeinsam, gemeinsam mit einer Grundhaltung der Freundlichkeit. Manche verwechseln Klassenkampf mit Gezänk. Das schadet uns nur.

Ich wünsche mir sehr, dass die beiden linken Kommunal-Fraktionen in Hannover auf Augenhöhe und mit beiderseitigem Nachgeben bis zum Sommer nächsten Jahres ihre Spaltung beendet haben. Die Öffentlichkeit sieht in persönlichem Zank immer unsere Unfähigkeit zur Gestaltung.

Wir spielen nicht Schwarzer Peter mit Schuldzuweisung. Denn Brücken werden von zwei Seiten gebaut. Und nicht der gewinnt, der die Medien am geschicktesten für sich und gegen Genossen munitioniert. Nur, wer selber auch ein Stück zurückstecken kann und aktiv zum Kompromiss beiträgt, hat einen Anspruch darauf, wieder nominiert zu werden.

Nur wer die Hand sowohl zur Faust ballen kann, aber auch zur Versöhnung ausstrecken, wird den Anforderungen gerecht, die die Menschen an uns Linke haben. Und weil wir die Rechtsstaatlichkeit achten, stellen wir auch keine unbewiesenen Behauptungen gegeneinander in die Welt oder ins Netz. Und selbst bewiesene Anschuldigungen sollten zunächst innerhalb der Partei geklärt werden.

Erfolge sind in der Linken schnell vergessen. Schützengräben und Anschuldigungen hingegen scheinen eine fast ewige Halbwertszeit zu haben.

Deswegen lasst mich noch einmal daran erinnern:

2002, das ist gerade einmal sieben Jahre her, waren wir aus dem Bundestag geflogen und ihr hattet bei der niedersächsischen Landtagswahl noch ganze 0,5 Prozent.

Dass wir heute uns so freuen können – und ich füge hinzu, uns auch heute noch freuen sollten – liegt daran, dass wir eine außergewöhnliche Parteivereinigung bewältigt haben, zu der ihr in Niedersachsen durch konstruktives und strategisch kluges Agieren ganz erheblich beigetragen habt.

Euer Ruf als Parade-Landesverband ist dann noch einmal durch den großartigen Sprung in den Landtag mit 7,1 Prozent gefestigt worden. Ein bis heute von keiner Linken in einem Flächenland eingestellter Zuwachs-Rekord! Aber ich denke: ihr hofft mit mir, dass wir diesen Rekord in Nordrhein-Westfalen noch einmal toppen können. Helft mit dabei!

In diesem Zusammenhang möchte ich auch eurer Landesspitze ausdrücklich danken. Giesela Brandes-Steggewentz hat, wenn ich richtig informiert bin, mehr die verbandsinternen Aufgaben übernommen und trägt ganz erheblich dazu bei, dass Niedersachsen geräuschlos wie ein Rolls-Royce-Motor seinen Beitrag zum Gesamterfolg der Partei leistet, wobei besonders das harmonische Zusammengehen zwischen Partei und Landtagsfraktion hervorzuheben ist.

Mein Dank geht auch an Diether Dehm als eigenwilligen Wahlkampfleiter und für seine künstlerischen Projekte. Dabei hat er geholfen, bei der Integration der Partei.

Nach dem Parteitag von Gera habe ich Diether damals gebeten, für den Parteivorstand zu pausieren. Jetzt sind er und seine niedersächsischen Erfahrungen dort wieder gefragt. Die Europapolitik von Partei und Bundestagsfraktion haben wir erfolgreich und in Harmonie zusammen gestaltet – und das wird auch so bleiben.

Es liegt an Euren Kreisverbänden UND der Landesspitze, dass ihr jetzt noch einen Rekord draufgesattelt habt: den höchsten relativen Stimmenzuwachs bei der Bundestagswahl. Von der einen Million, die die Partei mehr bekam, gehen 175.000 Stimmen auf Niedersachsen. Für Euch war das eine Verdoppelung der Mandate und Prozente! Und das ist nun wirklich der Moment, wo wir uns freuen und uns auch einmal selbst Beifall spenden können.

Jetzt habt ihr in Niedersachsen mit noch einem Rekord aufgewartet. Ihr habt den höchsten relativen Stimmenzuwachs bei der Bundeswahlwahl hingelegt! Von der einen Million Stimmen, die die Partei mehr bekam, kamen 175.000 Wählerinnen und Wähler aus Niedersachsen. Darüber können wir uns freuen und Danke sagen. Und wenn wir auch die Partei sind, die gegen die großen Bankkonzerne Politik macht, so lasst mich dies noch abschließend sagen: Die niedersächsische LINKE ist eine feste Bank für die Partei.